

Strahlentelex

mit ElektromogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288

www.strahlentelex.de

Nr. 704-705 / 30. Jahrgang, 5. Mai 2016

Atomwirtschaft:

Schweiz: Der Staat soll unrentable Kraftwerke kaufen. Ein Strategiepapier der AKW-Lobby sagt, wie das durchgesetzt werden soll.

Seite 2

AKW-Sicherheit:

Kontrollen in AKWs in Hessen und Baden-Württemberg wurden nur vorgetäuscht. Offenbar sind das keine Einzelfälle.

Seite 4

Uranbergbau:

Stilllegungen von Uranbergwerken wegen von niedriger Uranpreise. Aktuelle Entwicklungen im weltweiten Uranbergbau.

Seite 5

Strahlenfolgen:

Hormesis-Ideologen wollen 100 Milisievert pro Jahr erlauben. Wissenschaftliche Belege sprechen dagegen.

Seite 7

Atommüll

AKW-Betreiber werden aus der Haftung entlassen

Einmütige Empfehlung der Atom-Finanzkommission

Wie angekündigt hat die Atom-Finanzkommission der Bundesregierung am 27. April 2016 ihre Empfehlungen zur Finanzierung der Atommüllverwertung vorgestellt. Die drei Vorsitzenden des Gremiums, der ehemalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne), Hamburgs früherer Bürgermeister Ole von Beust (CDU) und der ehemalige brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) gaben bekannt, daß die vier großen Stromkonzerne rund 23,3 Milliarden Euro in einen staatlichen Fonds ein-

zahlen sollen, um sich der langfristigen Kostenrisiken für die Zwischen- und Endlagerung des Atom Mülls zu entledigen. Der Staat soll stattdessen auf Dauer die Verantwortung für die Lagerung des Atom Mülls übernehmen und dies aus dem Fonds bezahlen. Reicht das Geld schließlich nicht, muß der Steuerzahler einspringen. Das ist auch der Fall, wenn anderweitige staatliche Begehrlichkeiten den Milliarden topf zweckentfremden sollten.

Die Empfehlung sei von den

19 Mitgliedern der Kommission aus gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Industrie, Umweltverbänden und Kirchen einstimmig beschlossen worden und „im Grundsatz“ mit den vier betroffenen Konzernen Eon, RWE, Vattenfall und EnBW abgestimmt, wurde erklärt.

Die Betreiber bleiben zuständig für den Abriss ihrer stillgelegten Atomkraftwerke und die „endlagergerechte“ Verpackung der strahlenden Hinterlassenschaften. Für die Stilllegung und den „unverzöglichen Rückbau“ sollen die sich finanziell angeschlagen gebenden Energieversorger nun 19,8 Milliarden Euro behalten dürfen, das ist knapp die Hälfte ihrer Rückstellungen nach dem Stand Ende 2014. Die 23,3 Milliarden Euro, die die vier Konzerne bis zum Jahr 2022 für die Zwischen- und Endlagerung in den öffentlichen „Entsorgungsfonds“ einzahlen sollen, setzen sich zusammen aus etwa 17,2 Milliarden Euro aus den bisherigen Rückstellungen (Stand Ende 2014) und einem Risiko-Aufschlag von circa 6,1 Milliarden Euro.

Diese Empfehlungen sollen

nun noch in diesem Jahr in einen Gesetzentwurf der Bundesregierung umgesetzt werden. Es komme darauf an, daß die Summe im Gesetzgebungsprozess nicht weiter verwässert werde, erklärte dazu der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion Oliver Krischer. Deutschlands Atomkonzerne, deren Aktienkurse auf den Vorschlag mit Kursgewinnen reagierten, beklagten, die Vorschläge würden „die betroffenen Energieunternehmen über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinaus“ belasten.

Lanciert werden bereits Vorschläge, die die Kraftwerksbetreiber weiter finanziell entlasten. In der deutschen Sektion der Ärzteorganisation IPPNW wird ein Vorschlag befördert, die abgeschalteten Atomkraftwerke „entkernt“ und „versiegelt“ stehenzulassen. Das entspreche gemäß der Zahl der AKW-Standorte 14 „oberflächennahen“ Endlagerstätten in Deutschland. Tatsächlich können die AKW-Betreiber nach dem derzeit geltenden Atomrecht wählen, ob sie die Atomkraftwerke nach Betriebsende zurückbauen oder aber „ein-

Strahlentelex, Th. Dersee, Waldstr. 49, 15566 Schöneiche b.Bln.
Postvertriebsstück, DPAG, „Entgelt bezahlt“ A 10161 E

schließen“, das heißt nach Entfernung hochaktiver und „endzulagernder“ Materialien den Rest lediglich mit einer Schutzhülle umgeben und Jahrzehnte bis Jahrhunderte stehen lassen. Die Kommission empfiehlt dagegen, diese Wahlmöglichkeit abzuschaffen und auf einem „unverzöglichen Rückbau“ zu bestehen. Beim vollständigen Rückbau werden derzeit 95 Prozent der ebenfalls noch radioaktiv belasteten Abrißmaterialien „freigemessen“ und zum Recycling und zur Ablagerung auf normalen Hausmülldeponien in die Umwelt freigesetzt. Allein auf dieser Vorgabe beruhen alle Kostenkalkulationen.

Eine den Grundsätzen des Strahlenschutzes entsprechende Alternative zur Freigabepraxis ist die „oberflächenna-

he Endlagerung“ dieser Materialien zusammen an nur einem Ort, ähnlich wie das in Frankreich praktiziert wird. Das würde der Kommissionsvorgabe eines „unverzöglichen Rückbaus“ ebenfalls genügen.

Die Anti-AKW-Organisation „ausgestrahlt“ prognostizierte, daß der geplante Atommüll-Fonds maximal die Hälfte der Kosten für Transport und Lagerung des Atommülls abdecken wird. Nach den Berechnungen eines „Stresstests“ im Auftrag des Wirtschaftsministeriums würden sich die Kosten schließlich auf mehr als 120 Milliarden Euro summieren. Diese Summe könne der Fonds selbst mit dem geforderten Risiko-Aufschlag niemals erwirtschaften. [1]

Die Kommission sei bei dem Versuch gescheitert, das Verursacherprinzip durchzusetzen, erklärte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „Obwohl gesetzlich klar geregelt ist, dass die AKW-Betreiber die Folgekosten der Atomkraftnutzung tragen, werden sie jetzt aus der umfassenden Haftung entlassen“, so der BUND-Vorsitzende Hubert Weigert. Jetzt räche sich, daß die Politik eine aktive Sicherung der Atom-Rückstellungen versäumt habe. [2] Th.D.

1. Die Kosten für den Abriss der AKW und die Lagerung des Atommülls belaufen sich nach Angaben der AKW-Betreiber auf 47 Milliarden Euro – zu Preisen von 2014. Bis 2099 wächst diese Summe laut „Stresstest“ des Bundeswirtschaftsministeriums

durch Inflation und nuklearspezifische Kostensteigerungen auf 182 Milliarden Euro an. Davon entfällt voraussichtlich ein Drittel auf Abriss und Verpackung sowie zwei Drittel auf Atommüll-Lagerung und -Transporte.

Eine aktualisierte Infografik von „ausgestrahlt“ zur voraussichtlichen Entwicklung der Atom-Rückstellungen bei verschiedenen Zinsszenarien sind zu finden unter: <http://bit.ly/1VVvV6R>

2. vgl. Swantje Küchler, Bettina Meyer, Rupert Wronski, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.: „Atomrückstellungen für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung – Kostenrisiken und Reformvorschläge für eine verursachergerechte Finanzierung“, Studie im Auftrag des BUND, Berlin Okt. 2014, im Internet zu finden unter

www.bund.net/pdf/atomrueckstellungen_studie

Atomwirtschaft

Schweiz: Der Staat soll unrentable Kraftwerke kaufen

Strategiepapier der AKW-Lobby sagt, wie das durchgesetzt werden soll.

Ein Lobbying-Konzept im Auftrag des Schweizer Stromkonzerns Alpiq ist der Baseler Zeitung zugespielt worden. [1] Die Echtheit ist verbürgt. Das „Public Affairs Konzept 2016“ trägt das Datum 25. Februar 2016 und den Vermerk „Entwurf! Vertraulich“. Der Lobbyist Dominique Reber von der PR-Agentur „Hirzel.Neef.Schmid.Konsultanten“ in Zürich schickte es, der Baseler Zeitung zufolge, am selben Tag an Michael Wider, Geschäftsleitungsmitglied von Alpiq und Stellvertreter von Alpiq-CEO Jasmin Staiblin. Dieser ist Mitglied im Verwaltungsrat der Kernkraftwerk Leibstadt AG und gleichzeitig Vorstandsmitglied von Swisselectric, dem Lobbyverband der großen Stromkonzerne.

Das 15 Seiten umfassende Papier führt demnach detailliert auf, wie Politiker, Hochschulen, Wirtschaftsverbände und

Journalisten für eine Kampagne eingespannt werden sollen. Ziel ist, „durch geeignete politische Maßnahmen sicherzustellen, dass die Betriebsrechnung in den Bereichen Wasserkraft und Kernkraft schnellstmöglich wieder positiv ist“. Es sei ein Drehbuch, wie Alpiq Verluste aus der Stromproduktion dem Staat aufbürden könnte, wird erklärt.

In dem Konzept wird demnach als Erfolg vermerkt, dass es Alpiq in „über zwei Jahren intensiver Lobbyarbeit gelungen“ sei, die Förderung der Wasserkraft „gegen Wunsch und Willen von Bundesrat und Behörde via Parlament mehrheitsfähig in die Energiestrategie 2050 aufzunehmen“. Ein vom schweizerischen Nationalrat eingefügter Gesetzesartikel bewirkt neue Subventionen an Stauseebetreiber in Höhe von 120 Millionen Franken pro Jahr. Das Papier

empfiehlt, jetzt in die „zweite Phase“ bezüglich der nicht rentablen Atomkraftwerke einzusteigen. Zwar müsse bis zur Schlussabstimmung im Parlament im Juni 2016 der Ball flach gehalten werden, um das Erreichte nicht zu gefährden. Aber „eine Problembewirtschaftung“ könne „durchaus beginnen“.

Das Konzept empfiehlt also zunächst Zurückhaltung, Die Entscheidungsträger müssten das Problem zuerst anerkennen, erst danach könne über mögliche Lösungen gesprochen werden. Während bei der Wasserkraft das Problem bekannt sei, wisse das bei der Kernenergie noch niemand, denn die Stromkonzerne hätten der Politik jahrelang gesagt, dass „Kernenergie unproblematisch ist und nicht diskutiert werden muss.“ Dies müsse nun aber geändert und die „wirkliche kommerzielle Situation“ dargestellt werden.

Aufschlussreich sind die Kapitel Taktisches Vorgehen, Stakeholder, Risiken und Maßnahmenplan. Im März 2016 sollten demnach Forschungsaufträge an die ETH Zürich und Lausanne, an Wirtschaftsabteilungen der

Universitäten, an die Hochschule St. Gallen und an Rechtsprofessoren vergeben werden. Ziel wäre, die Probleme der unrentablen Atomkraft festzustellen und sie bekannt zu machen. Wenn aufgrund dieser Studien Medien bei Alpiq nachfragen, solle das Unternehmen sagen: „Leider stimmt die Expertenmeinung“.

Das Konzept sieht bereits vor, wie sich diese Experten äußern müssen, nämlich mit Aussagen wie „Wir sind echt besorgt!“ oder „Versorgung leidet, weil eigene Produktion leidet“ und vor allem mit der Aussage das alles sei „Nicht gut für die Schweiz!“ Es brauche nicht nur eine Studie, sondern eine hohe «Kadenz von Gutachten». Lobbyist Reber erwartet, dass er so über die Medien «Druck» auf die Politik ausüben kann.

Ab Juli sollten dann Kantone, Parteien und der Bundesrat dazu angeregt werden, Lösungen vorzuschlagen. „Problem durch Politik lösen lassen“, heißt das unter Lobbyisten. Die drei Parteien CVP, FDP und SP sollten je drei Varianten in die Debatte einwerfen. Parallel dazu lief die „weitere